

Deutschland aktuell – Ausgabe 2005



Statistisches Bundesamt

Herausgeber:

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Redaktion:

Gruppe IC, Kerstin Hänsel

Redaktionsschluss: 20. Januar 2005

Erscheint jährlich

Erschienen im Januar 2005

Bestellnummer: 0000114-05700-1

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Januar 2005

Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



1	Deutschland in der Europäischen Union	2
2	Gesamtwirtschaft	4
3	Außenhandel	6
4	Preise	8
5	Bevölkerung	10
6	Bildung	12
7	Erwerbsleben	14
8	Selbstständigkeit	16
9	Gesundheit	18



Deutschland und Europa

Seit 1. Mai 2004 besteht die Europäische Union (EU) aus 25 Staaten. Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern sind als neue Mitglieder hinzugekommen.

Die erweiterte Europäische Union erstreckt sich über eine Fläche von fast 4 Mill. km² – das entspricht in etwa der zehnfachen Fläche Deutschlands. Geografisch gesehen liegt Deutschland jetzt mitten in der EU und stellt den größten Anteil (82,5 Mill.) an der Gesamtbevölkerung der EU (453 Mill.), vor Frankreich mit 59,9 Mill. und dem Vereinigten Königreich mit 59,5 Mill. Menschen. Alle drei Länder zusammen umfassen fast 45% der Gesamtbevölkerung der EU; rund ein Sechstel der EU-Bevölkerung lebt in Deutschland.

Mit einer Gesamtfläche von rund 316 km² und knapp 400 000 Einwohnern ist der Inselstaat Malta das kleinste Land der EU-25. Malta weist innerhalb der EU die höchste Bevölkerungsdichte auf: 1 266 Menschen leben hier auf einem Quadratkilometer. In den Niederlanden sind es 477 Menschen, in Belgien 339, im Vereinigten Königreich 243 und in Deutschland – das unter diesem Aspekt Platz fünf einnimmt – 231 Einwohner je km².

Deutschland hat die größte Volkswirtschaft der EU. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 2004 macht nach Eurostat-Schätzungen gut ein Fünftel des gesamten Bruttoinlandsprodukts der Europäischen

Union aus. Wenn man unter Berücksichtigung der Kaufkraft das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner der EU-Staaten vergleicht (EU-25=100), liegt Deutschland mit einem Wert von 107,6 nach Eurostat-Schätzung über dem EU-Durchschnitt, jedoch unter dem Durchschnitt der ehemaligen EU-15. An der Spitze befindet sich Luxemburg mit einem Wert von 216, gefolgt von Irland (134), Dänemark (122) und Österreich (121).

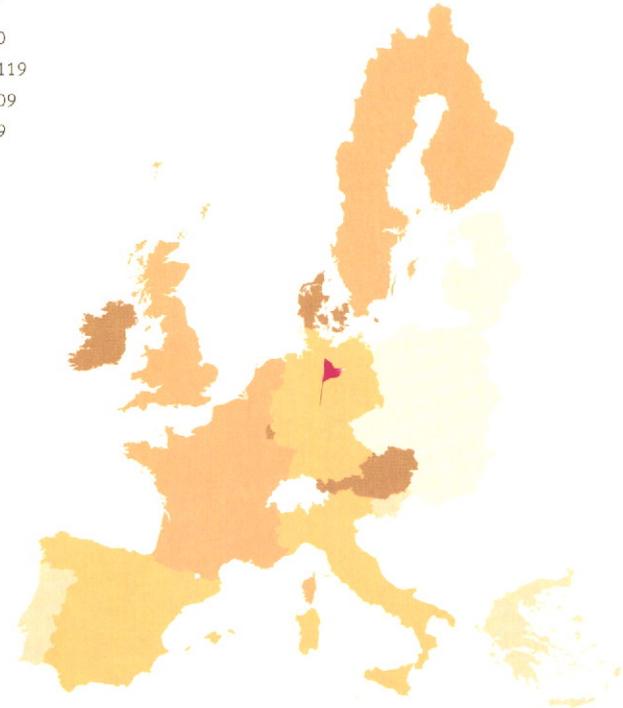
Lebenserwartung in der EU-25

In Deutschland werden 2002 geborene Jungen durchschnittlich 75,4 Jahre und Mädchen 81,2 Jahre alt werden. Mit dem Beitritt der zehn neuen Länder ist – rein rechnerisch – die durchschnittliche Lebenserwartung neugeborener Mädchen und Jungen in der EU gesunken. Sie beträgt nach einer Eurostat-Prognose für im Jahr 2002 geborene Jungen 74,8 Jahre und für Mädchen 81,1 Jahre. In der EU-15 waren es noch 75,8 Jahre (Jungen) bzw. 81,6 Jahre (Mädchen). Die niedrigere Lebenserwartung geht auf die zehn neuen Mitgliedstaaten zurück. Die niedrigste Lebenserwartung haben im Jahr 2002 geborene Jungen und Mädchen in Lettland (64,8 Jahre bzw. 76,0 Jahre). Die höchste Lebenserwartung der Mitgliedstaaten haben derzeit neugeborene Mädchen in Spanien mit 83,1 Jahren und neugeborene Jungen in Schweden mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 77,7 Jahren.

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in der EU 2004

(EU 25=100)

- > 120
- 110–119
- 90–109
- 70–89
- < 70



Quelle: Eurostat-Prognose



Wirtschaftliche Belebung im Jahr 2004

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich im Jahr 2004 im Vergleich zum Vorjahr real um 1,7%. Damit hat sich die deutsche Wirtschaft nach fast drei Jahren Stagnation wieder belebt.

Die Wachstumsimpulse kamen vor allem vom Außenhandel: Die Exporte stiegen im Zuge des expandierenden Welthandels trotz Euro-Aufwertung um rund 10% und deutlich stärker als die Importe. Die Binnennachfrage entwickelte sich dagegen weiterhin schwach: Die privaten Konsumausgaben gingen leicht zurück und auch die Bruttoanlageinvestitionen waren weiterhin rückläufig; allerdings wurde sowohl in Ausrüstungen als auch in sonstige Anlagen mehr investiert als im Jahr 2003.

Deutschland im internationalen Vergleich

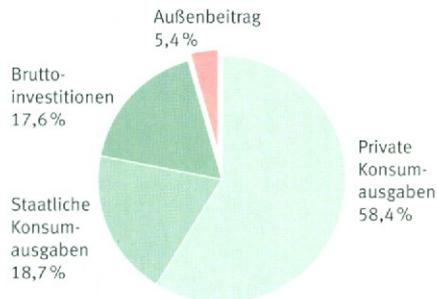
Im internationalen Vergleich wies Deutschland auch im Jahr 2004 unter den Industrieländern nur ein schwaches Wachstum auf. In der Europäischen Union erwartet die EU-Kommission lediglich für Malta, Portugal, Italien, die Niederlande und Österreich ebenfalls ein Wirtschaftswachstum zwischen 1% und 2%. In der EU-15 insgesamt rechnet sie dagegen mit einem Wachstum des realen BIP von 2,3%, in der EU-25 von 2,4%, in Japan von 4,2% und in den USA von 4,4%. Zu dem etwas höheren Wert der EU-25 tragen insbesondere die baltischen Staaten mit Wachstumsraten zwischen 5,9% und 7,5% bei.

Die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen in Deutschland hat sich im Jahr 2004 um 1,3% erhöht, das ist in Relation zur EU-15 nach Schätzungen der Europäischen Kommission nur ein unterdurchschnittlicher Anstieg. Allerdings haben in Deutschland die Lohnstückkosten zwischen 1996 und 2002 deutlich schwächer zugenommen als der EU-Durchschnitt, was für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands – jedenfalls auf dem europäischen Markt – spricht. 2003 lagen die deutschen Lohnstückkosten nur geringfügig (+0,7%) über dem Vorjahresniveau, 2004 gingen sie sogar deutlich zurück (-1,3%).

Im Jahr 2004 wies der staatliche Bereich in Deutschland nach noch vorläufigen Berechnungen ein Finanzierungsdefizit von 84,5 Mrd. Euro auf. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen sind das 3,9%. Damit würde Deutschland nach Schätzungen der Europäischen Kommission – neben Griechenland (5,5%) und Frankreich (3,7%) – zu den Ländern zählen, die den Referenzwert des Maastricht-Vertrages von 3% des Bruttoinlandsprodukts wiederum überschritten.

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

(In jeweiligen Preisen; 2004: 2.178,2 Mrd. Euro)



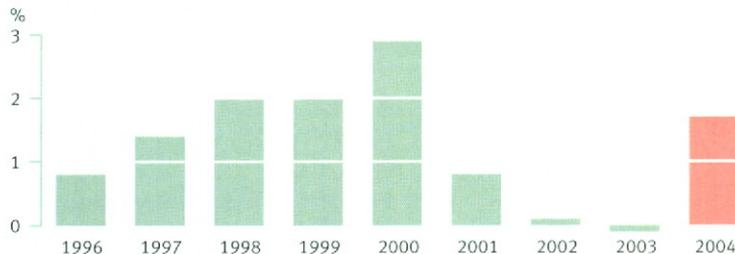
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten

(EU-15=100; BIP in KKS)

	1996	2004
D	97,9	94,2
EU-25	90,9	93,4
Eurozone	102,3	99,5
Vereinigte Staaten	121,8	131,2
Japan	89,0	90,5

Quelle: Europäische Kommission: „EC Economic data pocket book“, Nr. 3/2004.

Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr)





Hohe Exportzuwächse im Jahr 2004

Nach einer Schätzung auf Basis der Zahlen von Januar bis November 2004 hat Deutschland im Jahr 2004 Waren im Wert von rund 731 Mrd. Euro exportiert und Waren im Wert von rund 575 Mrd. Euro importiert. Daraus errechnet sich ein Rekord-Ausfuhrüberschuss von rund 156 Mrd. Euro. Im Vorjahresvergleich haben die Ausfuhr voraussichtlich um rund 10%, die Einfuhr um knapp 8% zugenommen.

Durch den Beitritt der zehn Länder Malta, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Slowenien und Zypern zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 erhöhte sich der Anteil der Exporte Deutschlands in die EU-Mitgliedstaaten von 55% im Jahr 2003 auf rund 64% im Jahr 2004. Der Anteil der Importe aus den EU-Mitgliedstaaten stieg von 50% auf rund 61%.

Wichtigste Handelspartner unter den neuen EU-Mitgliedstaaten waren die Tschechische Republik und Polen mit einem Außenhandelsumsatz (Import und Export) von jeweils rund 32 Mrd. Euro von Januar bis November 2004 und Ungarn mit rund 24 Mrd. Euro im selben Zeitraum. Gegenüber der Tschechischen Republik und Polen weist der deutsche Außenhandel einen Ausfuhrüberschuss, gegenüber Ungarn einen Einfuhrüberschuss aus.

Wichtigster Handelspartner (Einfuhr und Ausfuhr) Deutschlands ist – seit Jahren – Frankreich. Von Januar bis November 2004 wurden Waren im Wert von rund

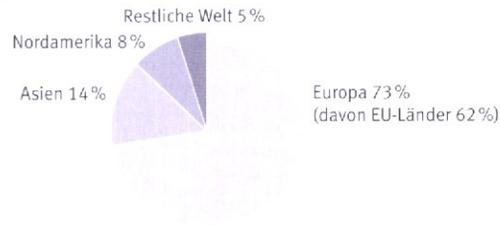
117 Mrd. Euro zwischen Deutschland und Frankreich ausgetauscht. In der Rangfolge der wichtigsten Handelspartner folgten dann die Vereinigten Staaten mit einem Außenhandelsumsatz von rund 96 Mrd. Euro vor dem Vereinigten Königreich mit einem Außenhandelsumsatz in den ersten elf Monaten des Jahres 2004 von rund 88 Mrd. Euro.

Exportweltmeister Deutschland

Im Jahr 2004 war Deutschland – was den Warenaustausch angeht – erneut weltweit führendes Exportland wie im Jahr 2003, vor den Vereinigten Staaten und Japan. Von Januar bis November 2004 exportierte Deutschland Waren im Wert von rund 830 Mrd. US-Dollar in alle Welt. Die Vereinigten Staaten exportierten im gleichen Zeitraum Waren im Wert von rund 740 Mrd. US-Dollar, Japan als drittgrößtes Exportland Waren im Wert von rund 510 Mrd. US-Dollar.

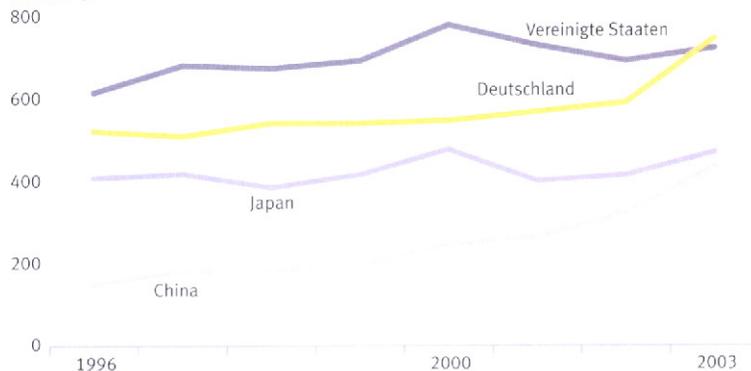
Außenhandelsanteil (Import und Export)

(Januar – November 2004)

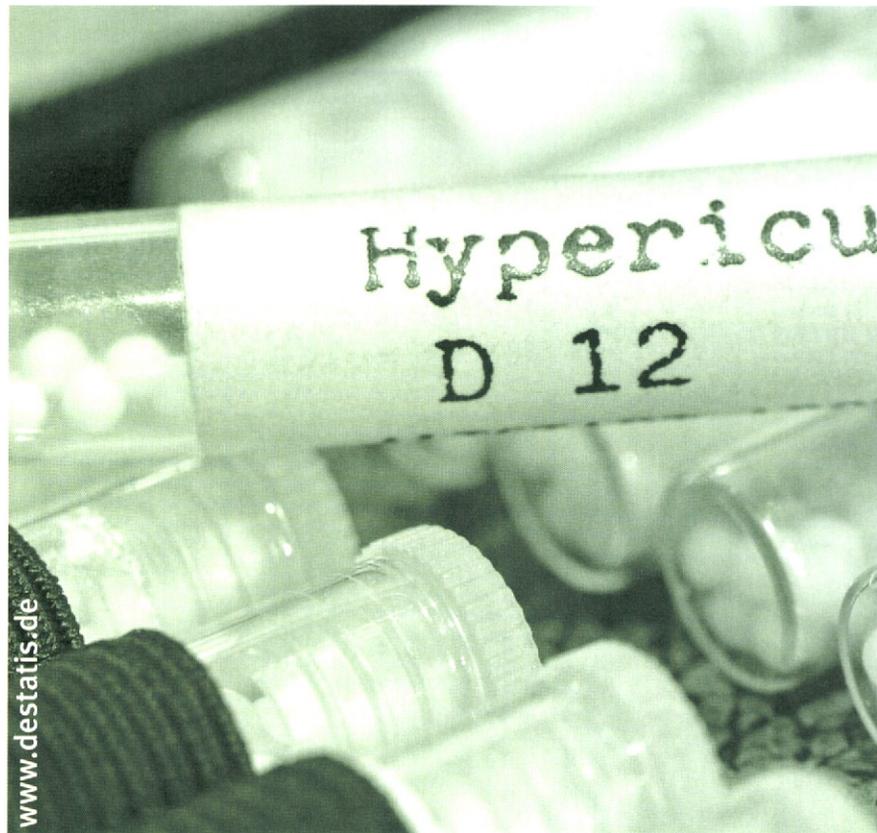


Exporte ausgewählter Länder

Mrd. US-\$



Quelle: United Nations, Auslandsstatistik.



Verbraucherpreise etwas stärker gestiegen

Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich im Jahresdurchschnitt 2004 um 1,6% erhöht. Die Teuerungsrate lag etwas höher als in den beiden Vorjahren mit 1,1% (2003) und 1,4% (2002). Maßgeblich für die beschleunigte Preisentwicklung waren neben gestiegenen Mineralölpreisen die Gesundheitsreform zum 1. Januar 2004 sowie erneute Anhebungen der Tabaksteuer im März und im Dezember 2004. Durch höhere Zuzahlungen bei Arzneimitteln und die vierteljährliche Praxisgebühr haben sich pharmazeutische Erzeugnisse und Gesundheitsdienstleistungen überdurchschnittlich verteuert. Ohne Gesundheitsreform hätte die Teuerung im Jahr 2004 nur etwa 0,9% betragen.

Durch die Tabaksteuererhöhung im März und im Dezember 2004 verteuerten sich Tabakwaren gegenüber dem Vorjahr um 11,3%. Auch für Energie mussten Privathaushalte im vergangenen Jahr mehr Geld ausgeben: Strom (+4,0%) und leichtes Heizöl (+11,4%) wurden deutlich teurer. Eine Tankfüllung eines Autos kostete im Schnitt 4,4% mehr als im Vorjahr; Diesel verteuerte sich am stärksten um 6,1%.

Demgegenüber gingen die Preise für Nahrungsmittel beispielsweise leicht (-0,3%), die Preise für technische Güter wie Informationsverarbeitungsgeräte (-13,8%) und Haushaltsgeräte (-1,4%) – wie in den vergangenen Jahren – deutlicher zurück.

Teuerung in Europa

Im Jahr 2004 erhöhte sich der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) in Deutschland um 1,8%. Im europäischen Vergleich (EU-25) befand sich Deutschland damit unter den 10 Ländern mit der niedrigsten Inflationsrate. Es gab seinen Spitzenplatz von 2003 mit einer harmonisierten Teuerungsrate von damals 1,0% an Finnland und das neue EU-Mitglied Litauen ab. Diese beiden Länder hatten 2004 nach Eurostat-Schätzungen mit 0,2% bzw. 0,8% die niedrigsten Inflationsraten in Europa.

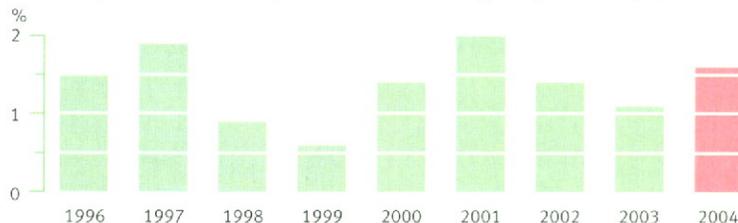
Die Jahresteuerraten der EU-25 und der Eurozone betragen im Jahr 2004 nach Eurostat-Schätzungen voraussichtlich 2,0% bzw. 2,1% und sind damit gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben.

Preisentwicklung ausgewählter Güter (2000=100)



Inflationsrate in Deutschland

(Verbraucherpreisindex für Deutschland; durchschnittliche Veränderung im Vergleich zum Vorjahr)





Rund 9% Ausländerinnen und Ausländer

Anfang 2004 lebten in Deutschland rund 82,5 Mill. Menschen. Nach der Bevölkerungsfortschreibung besaßen darunter knapp 9% (7,3 Mill.) eine ausländische Staatsangehörigkeit. Etwa ein Viertel der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer hatte einen türkischen Pass. Ein weiteres Viertel stammte aus einem der anderen EU-15 Mitgliedstaaten, davon der größte Teil aus Italien (600 000) und Griechenland (355 000).

Seit Jahren ziehen jährlich mehr Menschen nach Deutschland zu als Menschen Deutschland verlassen. So sind im Jahr 2003 insgesamt rund 770 000 Menschen nach Deutschland gekommen, während rund 630 000 Personen ins Ausland wegzogen. Von den Zuziehenden waren mehr als 600 000 Ausländerinnen und Ausländer; von den Fortziehenden knapp 500 000. Rund 70% der ausländischen Zuwanderer (420 000) kamen aus einem europäischen Land, 17% (100 000) besaßen die Staatsangehörigkeit eines Landes der EU-15.

Seit 1972 werden in Deutschland jedes Jahr weniger Geburten als Sterbefälle verzeichnet: 2003 betrug das Geburtendefizit in Deutschland 147 000, da rund 707 000 Kinder geboren wurden und rund 854 000 Menschen starben.

Immer weniger Eheschließungen

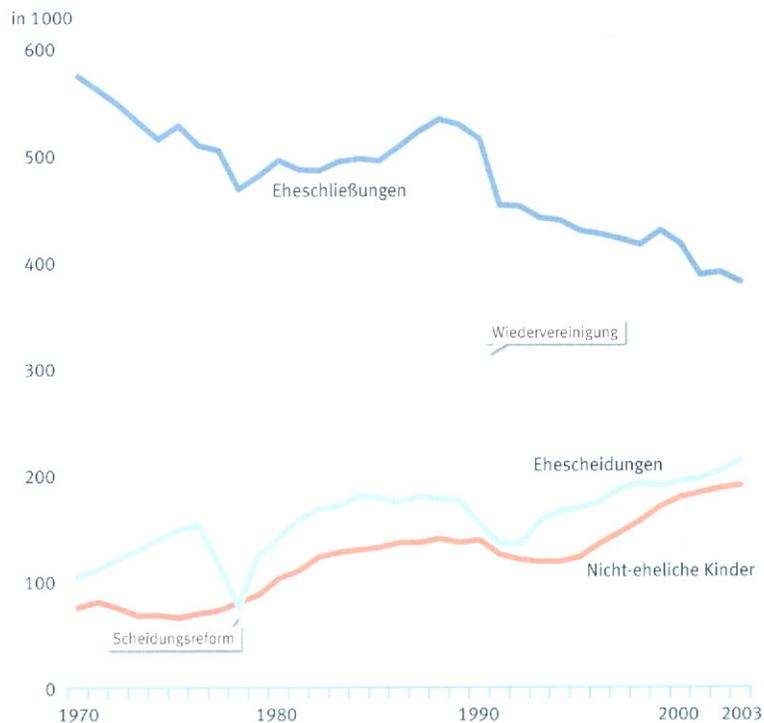
Im Jahr 2003 wurden 383 000 Ehen in Deutschland geschlossen, weniger denn je. Nachdem Ende der 1980er Jahre noch über 500 000 Ehen jährlich geschlossen worden waren, sinkt die Zahl seit dieser Zeit beinahe kontinuierlich.

Unter den Eheschließenden 2003 waren 1 000 Paare mit ausländischer Staatsangehörigkeit. 25 000 deutsche Frauen heirateten einen Ausländer; der größte Teil von ihnen (5 600) wählte einen türkischen Lebenspartner. 5 800 Frauen heirateten einen Unions-Bürger (EU-15), 1 300 Frauen einen Mann aus den 10 Beitrittsländern.

Von den heiratenden deutschen Männern entschieden sich 35 000 für eine Ehe mit einer Ausländerin: Der größte Teil von ihnen (5 400) heiratete eine Polin, 4 400 Männer wählten ihre Ehefrau aus einem anderen Land der EU-15, 2 400 aus einem der übrigen 9 Beitrittsländer.

Männer und Frauen entscheiden sich in Deutschland immer später zu einer Heirat. Während vor 30 Jahren Männer bei ihrer Hochzeit durchschnittlich 25,0 Jahre und Frauen 22,6 Jahre alt waren, betrug das Durchschnittsalter der Männer zum Zeitpunkt ihrer Eheschließung 2003 bereits 32,0 Jahre, das der Frauen 29,0 Jahre.

Eheschließungen, Ehescheidungen und Geburten nicht-ehelicher Kinder





Kinder werden früher eingeschult

In Deutschland beginnt die allgemeine Schulpflicht, wenn ein Kind am 30. Juni das 6. Lebensjahr vollendet hat. Zum Schuljahresbeginn 2004/2005 wurden in Deutschland rund 838 000 Kinder eingeschult, das waren 12% weniger Einschulungen als noch vor zehn Jahren.

Wegen der vergleichsweise hohen Lernfähigkeit von Kindern im Vorschulalter können auf Wunsch der Eltern vermehrt jüngere Kinder eingeschult werden. So ist der Anteil der Sechsjährigen unter den Grundschulern seit 1994 von rund 44% auf rund 53% im Jahr 2003 gestiegen.

Leichter Rückgang der Studierendenzahl

Im Wintersemester 2004/2005 haben sich nach vorläufigen Ergebnissen rund 1,97 Mill. Studentinnen und Studenten an deutschen Hochschulen eingeschrieben, das sind 54 000 (-3%) Studierende weniger als im Vorjahr. 2003/2004 war die Zahl der Studierenden erstmals auf über 2 Mill. gestiegen. Unter den Studierenden des Wintersemesters 2004/2005 waren knapp 48% Frauen.

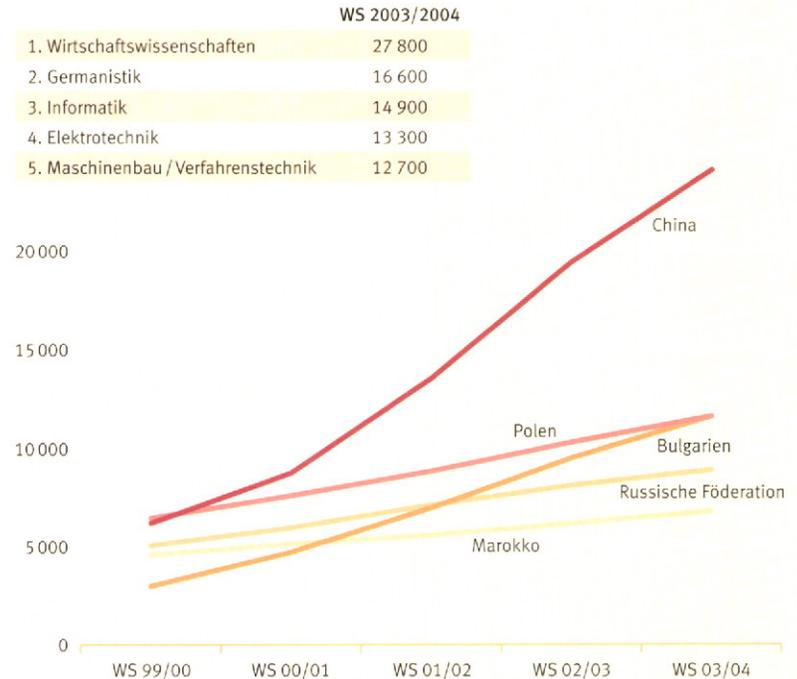
Die Zahl der Studienanfänger im Studienjahr 2004 in Deutschland ist im Vergleich zum Vorjahr um 6% auf 356 000 gesunken.

Wachsendes Interesse am „Hochschulstandort Deutschland“

Die Zahl der Studierenden aus dem Ausland, die sich für ein Studium an deutschen Hochschulen entscheiden, ist in den vergangenen fünf Jahren um 66% auf rund 180 000 Studentinnen und Studenten angestiegen. Damit war im Wintersemester 2003/2004 jeder elfte Studierende in Deutschland ausländischer Herkunft.

Die Top-Herkunftsländer dieser sog. High-Potentials in Deutschland waren China (24 100) sowie Polen und Bulgarien mit jeweils rund 11 600 Studentinnen und Studenten, gefolgt von der Russischen Föderation mit 8 900 und Marokko mit 6 800 Studierenden. Die meisten (65 100) der ausländischen Studierenden kamen aus europäischen Ländern, die Anfang 2004 (noch) keine EU-Mitglieder waren (insbesondere aus Osteuropa), gefolgt von Asien (55 400) und den EU-15 Ländern (28 800). Damit studierten Anfang 2004 mehr als doppelt so viele Menschen aus europäischen Nicht-EU-Staaten in Deutschland als vor fünf Jahren, während die Zahl der Studierenden aus EU-Ländern annähernd gleich blieb.

Ausländische Studierende nach Top-Herkunftsländern und -Studienfächern





Wieder mehr Erwerbstätige

Im Jahr 2004 stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland – erstmals seit 2001 – wieder leicht um 0,3% auf durchschnittlich 38,4 Mill. Beschäftigte an. Während es in den traditionellen Wirtschaftsbereichen Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe (-1,6%), Baugewerbe (-2,6%) und Land- und Forstwirtschaft (-1,0%) Beschäftigungsverluste gab, kompensiert die Zunahme der Erwerbstätigkeit in den Dienstleistungsbereichen (+1,2%) die Arbeitsplatzverluste in den anderen Wirtschaftsbereichen. Dabei zeigten die neuen arbeitsmarktpolitischen Instrumente (Ich-AGs, Mini-Jobs) in den Dienstleistungsbereichen besondere Wirkung.

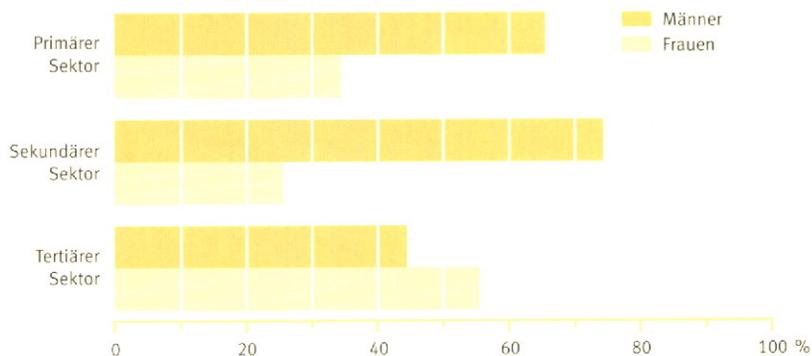
Von der Zunahme der Beschäftigung in den Dienstleistungsbereichen profitierten Frauen stärker als Männer, sodass der Frauenanteil an allen Erwerbstätigen auf 47,1% (+0,4 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr) stieg. Von 100 erwerbstätigen Frauen arbeiteten in Deutschland im Jahr 2004 84 Frauen in Dienstleistungsbereichen, 14 im Produzierenden Gewerbe und 2 in der Land- und Forstwirtschaft.

Leichte Erhöhung der Bruttoverdienste

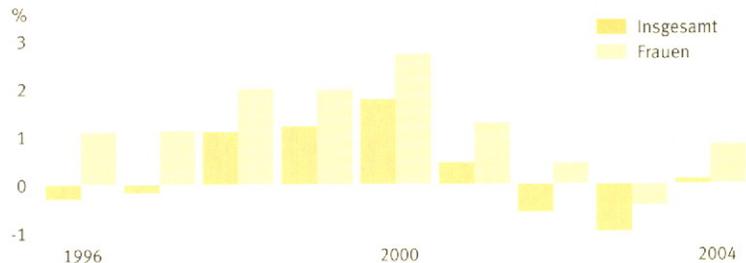
In den Wirtschaftsbereichen Produzierendes Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe verdienten vollzeitbeschäftigte Angestellte im Juli 2004 in Deutschland durchschnittlich 3 385 Euro pro Monat, das waren 2,2% mehr als im Vorjahr.

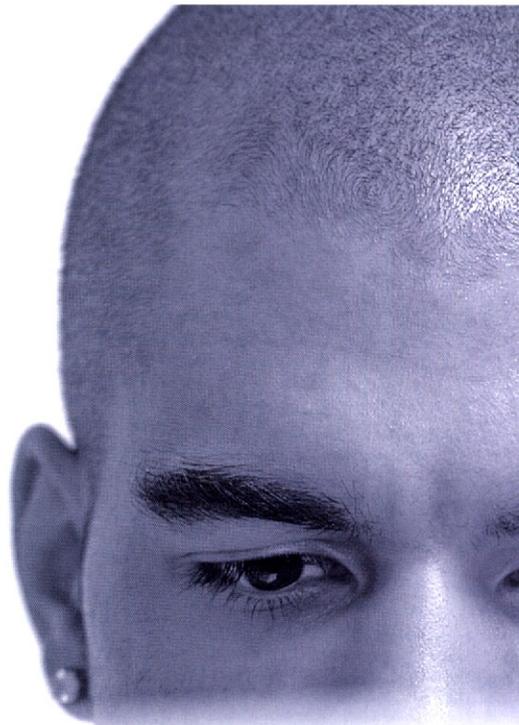
Weibliche Angestellte verdienten im Durchschnitt 2 674 Euro und damit 1 098 Euro weniger als ihre männlichen Kollegen, deren durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst 3 772 Euro betrug. Damit lag der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern 2004 in diesen Wirtschaftsbereichen bei rund 29%, während Frauen 1996 noch durchschnittlich ein Drittel (32%) weniger als Männer verdient hatten. Die Verdienstunterschiede in Deutschland zwischen Männern und Frauen sind vielfach auf strukturelle Faktoren zurückzuführen, wie z.B. Unternehmensgröße, Branche, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, Qualifikation, Umfang der Arbeitszeit und Wahrnehmung von Führungspositionen im Betrieb.

Frauen- und Männerarbeit 2004



Wachstumsraten der Erwerbstätigen





Mehr Selbstständige

Die Zahl der Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger in Deutschland ist im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr um 3,3% gestiegen. Damit waren durchschnittlich 4,3 Mill. Personen selbstständig tätig. Begünstigt wurde die Zunahme der Selbstständigen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Überbrückungsgelder und die staatlichen Hilfen zur Gründung von sog. Ich-AGs: Seit Januar 2003 erhalten Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe und Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen Existenzgründungszuschüsse von den Agenturen für Arbeit, wenn sie eine selbstständige Tätigkeit aufnehmen wollen.

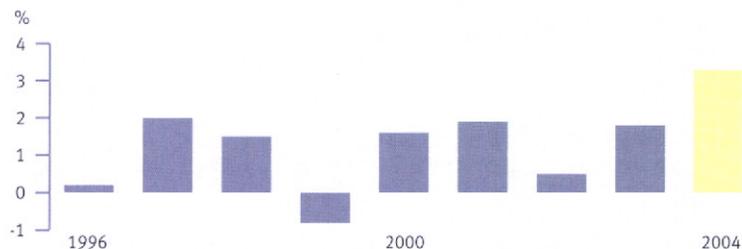
Immer mehr Frauen wagen den Schritt in die Selbstständigkeit. Verglichen mit dem Vorjahr nahm die Zahl der weiblichen Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger im Jahr 2004 um 3,0% zu. Allerdings waren von den 4,3 Mill. Selbstständigen lediglich knapp ein Drittel Frauen; auch die Selbstständigenquote aller erwerbstätigen Frauen lag mit 7,9% im Jahr 2004 deutlich unter derjenigen der erwerbstätigen Männer mit 14,1%.

Niedrige Selbstständigenquote im europäischen Vergleich

Im europäischen Vergleich liegt der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen insgesamt – die Selbstständigenquote – in Deutschland unter dem Durchschnitt der EU-15 Länder. Sie betrug im Jahr 2003 10,9% der Erwerbstätigen, während der Anteil der Selbstständigen in den EU-15 Ländern im selben Jahr durchschnittlich bei 14,9% lag. Besonders viele Selbstständige arbeiteten in Griechenland mit 42,3%, Portugal mit 26,9% und Italien mit 25,0%. Die niedrigsten Quoten innerhalb der EU-15 hatten Schweden mit 4,7%, Luxemburg mit 6,8% und Dänemark mit 7,1%.

Mit Ausnahme von Luxemburg war in allen Ländern der EU-15, wie auch der EU-25, im Jahr 2003 die Selbstständigenquote bei Männern höher als bei Frauen. Dabei war der Unterschied in Irland (Männer-Selbstständigenquote 24,6%, Frauen-Selbstständigenquote 7,5%) am größten. In Luxemburg lag die Selbstständigenquote der Männer (6,5%) etwas unter der der Frauen (7,2%).

Veränderungsrate der Selbstständigen (einschließlich mithelfender Familienangehöriger)



Frauenanteil nach Wirtschaftsbereichen 2004

	Anteil an erwerbstätigen Frauen	Anteil an selbstständigen Frauen
Öffentliche und private Dienstleister	40,2%	34,2%
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	26,9%	30,7%
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	16,6%	16,4%
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	12,7%	5,3%
Bauwirtschaft	1,9%	2,8%
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,7%	10,6%
Insgesamt	100%	100%



Fast die Hälfte der Deutschen hat Übergewicht

In Deutschland war 2003 fast die Hälfte (49%) aller erwachsenen Bundesbürger übergewichtig, wobei der Anteil der Übergewichtigen mit 58% bei Männern höher als bei Frauen (41%) lag. Nach Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind Erwachsene ab einem Body-Mass-Index (Körpergewicht in kg geteilt durch Körpergröße in m²) von über 25 übergewichtig, mit einem Wert über 30 stark übergewichtig. Starkes Übergewicht hatten 2003 14% der deutschen Männer und 12% der deutschen Frauen.

Übergewicht ist bereits bei jungen Erwachsenen verbreitet und nimmt mit zunehmendem Alter geradezu epidemische Ausmaße an. Unter den 20- bis unter 25-jährigen war jeder vierte Mann (25%) und jede sechste Frau (16%) übergewichtig. Bei den 65- bis unter 70-jährigen Männern und bei den 70- bis unter 75-jährigen Frauen waren es drei Viertel aller Männer (74%) und knapp zwei Drittel der Frauen (62%).

Übergewicht und starkes Übergewicht ist eine Ursache für Krankheiten des Kreislaufsystems. Seit 1994 ist in Deutschland die häufigste Diagnose bei Krankenhauspatienten eine Erkrankung des Kreislaufsystems. Durchschnittlich mussten seither pro Jahr mehr als 2,6 Mill. Patientinnen und Patienten stationär wegen Krankheiten ihres Kreislaufsystems behandelt werden.

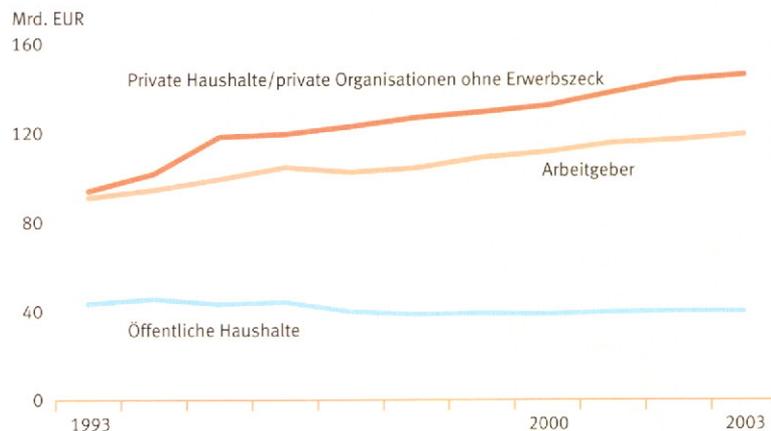
Gesundheitswesen expandiert

In den vergangenen Jahren haben immer mehr Menschen im Gesundheitswesen Beschäftigung gefunden: Anfang 2004 war etwa jede/-r neunte Beschäftigte im Gesundheitswesen tätig. Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten rund 25 000 Menschen mehr im Gesundheitswesen als noch ein Jahr zuvor. Die Zahl der im Gesundheitsbereich Beschäftigten ist seit 1998 um 2,6% auf 4,2 Mill. Beschäftigte im Jahr 2003 angestiegen.

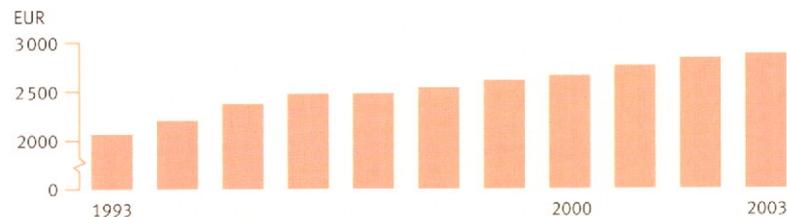
Private Haushalte finanzieren den größten Teil des Gesundheitswesens

Die Finanzierung des Gesundheitswesens hat sich in den vergangenen Jahren in Deutschland zu Gunsten der öffentlichen Haushalte und zu Lasten der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck verschoben: Während 1992 die öffentlichen Haushalte noch rund 45 Mrd. Euro jährlich für die Finanzierung des Gesundheitswesens aufgewendet haben, sank deren Beitrag auf gut 40 Mrd. Euro im Jahr 2002. Die Aufwendungen der Arbeitgeber erhöhten sich im selben Zeitraum von 89 auf 117 Mrd. Euro, während die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck im Jahr 2002 144 Mrd. Euro und damit fast 56 Mrd. Euro mehr für die Finanzierung des Gesundheitswesens aufwendeten als zehn Jahre zuvor.

Primäre Finanzierung im Gesundheitswesen



Gesundheitsausgaben je Einwohner



Allgemeine Informationen zum Datenangebot des Statistischen Bundesamtes erhalten Sie unter:
www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice:

Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05

Telefax: +49 (0) 611 / 75 33 30

Anfragen unter www.destatis.de/kontakt

Veröffentlichungskalender der Pressestelle: www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm

Fotorechte:

Titelfoto: © Barbara Both/DSC03823

Seite 2: © digital vision/dv738016

Seite 4: © irisblende.de/_b_0807

Seite 6: © Barbara Both/DSC03860

Seite 8: © irisblende.de/_m_0224

Seite 10: © irisblende.de/_p_1022

Seite 12: © digital vision/5900559

Seite 14: © irisblende.de/_f_1183

Seite 16: © irisblende.de/_b_0315

Seite 18: © irisblende.de/_a_0832



Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website unter www.destatis.de.

Statistisches Bundesamt

Informationsservice

Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05

Telefax: +49 (0) 611 / 75 33 30

www.destatis.de/kontakt

i-Punkt Berlin / EDS Europäischer Datenservice

Telefon: +49 (0) 1888 / 644 94 27

Telefax: +49 (0) 1888 / 644 94 30

E-Mail: eds@destatis.de

Für Informationen zur europäischen Statistik kontaktieren Sie unsere Website unter www.eds-destatis.de.